

Wirtschaftliche Gleichstellung voranbringen: Ehegattensplitting reformieren!

Die wirtschaftliche Gleichstellung der Geschlechter stellt in Deutschland nach wie vor eine Mammutaufgabe dar. Der Gender Pay Gap und Gender Pension Gap sind seit Jahren konstant. Gleichzeitig übernehmen Frauen fortwährend den Großteil der Care-Arbeit. 61 % der erwerbstätigen Frauen haben keine langfristige Existenzsicherung, 80 % können mit ihrem Einkommen nicht dauerhaft für sich und ein Kind sorgen und ganze 25 % können aus ihrem eigenen Erwerbseinkommen nicht einmal ihren unmittelbaren Lebensunterhalt decken.¹

Das Ehegattensplitting ist ein zentraler Motor dieser Dynamiken. In Deutschland haben Paare, die verheiratet sind oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, seit 1958 die Wahl, sich bei der Besteuerung ihrer Einkommen für die Zusammenveranlagung mit Splittingvorteil zu entscheiden. Je höher das Bruttohaushaltseinkommen und je ungleicher dabei die Gehälter, desto größer fällt der steuerliche Vorteil aus. Die sich daraus ergebenden Fehlanreize sind besonders für verheiratete Frauen verheerend:

- » Viele Paare geraten in einen **Teufelskreis ökonomischer Rationalität**, eine Spirale, in der kurzfristige wirtschaftliche Entscheidungen langfristige Probleme verstärken. Für junge Paare scheint es oft sinnvoll, wenn eine Person, nachweislich primär die Frau, die häusliche Sorgearbeit übernimmt und gleichzeitig weniger Einkommen generiert. Langfristig bedeutet dies, dass diese Person weniger Berufserfahrung sammelt, erschwert in den Job zurückkehren kann, im Laufe ihres Erwerbslebens weniger Rentenpunkte erwirbt und sowohl aus finanzieller als auch beruflicher Sicht weniger Möglichkeiten hat "eigenes" Kapital aufzubauen. Der Logik des Splittings folgend entstehen so häufig starke **finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse**.
- » Die Existenzsicherung im Alter ist gefährdet. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs. Das Ungleichgewicht in den Lebensbiografien der Geschlechter führt dazu, dass die Rentenanwartschaften von Frauen halb so hoch sind wie die der Männer. Selbst der Aufbau einer privaten Altersvorsorge ist bei geringem Einkommen vom Verdienst und Wohlwollen des Partners abhängig. Die Folge: **2,7 Millionen Frauen in Deutschland droht Altersarmut**.²
- » Die Steuerklassenkombination III/V führt dazu, dass das Netto-Monatseinkommen vieler Frauen erheblich sinkt. Damit verringert sich auch ihr **Anspruch auf Lohnersatzleistungen** wie Arbeitslosengeld, Krankengeld, Elterngeld, etc.

Es zeigt sich: Das Ehegattensplitting ist aus gleichstellungspolitischer Perspektive nicht zu verantworten. Es verfestigt geschlechtsspezifische Rollenbilder und setzt falsche Anreize. Gleichstellung fordern heißt auch, Rahmenbedingungen zu überdenken. Der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlv) fordert daher:

- » einen Einstieg in den Ausstieg. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte **Abschaffung der Steuerklassen III und V** muss noch vor Ende der Legislatur umgesetzt werden.

Aktiv für Familien im ländlichen Raum

Der Deutsche LandFrauenverband e.V. (dlv) ist der bundesweit größte Verband für Frauen, die auf dem Land leben, und deren Familien. Ziel ist, die Lebensqualität und die Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum zu verbessern. Der dlv vertritt die politischen Interessen aller Frauen in ländlichen Regionen und den Berufsstand der Bäuerinnen. 450.000 Mitglieder, 12.000 Ortsvereine, 22 Landesverbände bilden zusammen ein starkes Netzwerk. Der Verband nutzt seine gesellschaftliche Kraft, um die soziale, wirtschaftliche und rechtliche Situation der Frauen zu verbessern. Präsidentin ist Petra Bentkämper.

- » eine **Gesetzesreform des Ehegattensplittings**.
- » freiwerdende Steuermittel müssen für eine gerechte, effektive und gleichstellungsorientierte Familienförderung sowie in den Ausbau von Infrastruktur mit wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.
- » **steuerliche Vorteile müssen allen Familienmodellen zugutekommen**. Das Verständnis von Partnerschaft und Familie hat sich seit Entstehung dieses Steuermodells stark verändert. Jede 3. Ehe wird geschieden. Immer mehr Menschen sind alleinerziehend oder heiraten nicht. Diesem Umstand muss das Steuersystem Rechnung tragen.
- » mehr **finanzielle Aufklärung**. Wirtschaftliche Gleichstellung erfordert finanzielle Unabhängigkeit und individuelle Entscheidungsfreiheit. Vielen Frauen sind die Auswirkungen ihrer kurzfristig sinnvoll erscheinenden Entscheidungen nicht bewusst. Es bedarf einer frühzeitigen und umfangreichen Information und Bildung zu diesem Themenkomplex. Der dlv fordert deshalb schon seit Jahren das **Schulfach Alltags- und Lebensökonomie**.
- » **Steuerberatung und Sozialberatung müssen gemeinsam erfolgen**. Häufig werden bei der steuerlichen Beratung von Paaren vor allem die kurzfristigen finanziellen Vorteile betrachtet. Das reicht nicht aus. Nur durch eine ganzheitliche Beratung kann das Ausmaß von Entscheidungen umfassend abgewogen werden.
- » **Bestandsschutz für bereits bestehende Ehen**. Frauen, die bislang ihr Leben und ihre Erwerbstätigkeit nach der Logik eines Einverdienermodells ausgerichtet haben, dürfen durch eine Reform des Ehegattensplittings keine finanziellen Nachteile erleiden. Hier braucht es **klare Stichtagsregelungen bzw. Übergangsfristen**.

Ziel einer Reform muss es sein, die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Frauen zu fördern. Um die wirtschaftliche Gleichstellung voranzubringen, braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen. Das Steuerrecht darf keine Fehlanreize hin zu tradierten Rollenverteilungen setzen. Es muss den sich wandelnden Rollenbildern Sorge tragen und somit allen Familienformen gerecht werden.

Vom dlv-Präsidium verabschiedet am 04. Juni 2024.

¹ DGB-Bundesvorstand (2019): Wie unabhängig sind Frauen in Deutschland? Die Bedeutung existenzsichernder Beschäftigung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

² ebd.